

## **Studieren im 20. Jahrhundert**

### **Die rapiden Veränderungen der studentischen Welt**

Von Alois Kernbauer

#### **Einleitung**

Die Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges brachten nicht nur im kulturellen Bereich sondern auch in der Wissenschaft und im universitären Sektor<sup>1</sup> eine Vielzahl von Neuerungen, Ideen und Erkenntnissen hervor. Das wissenschaftliche Leben gelangte in der Habsburgermonarchie zu einer einzigartigen Blüte. Staunend stand die Öffentlichkeit vor den neuen Erkenntnissen und Innovationen, die das Leben eines/r jeden Einzelnen veränderten, die den allgemeinen Fortschrittsglauben und die Wissenschaftsgläubigkeit der Zeit verfestigten. Zugleich ist dies aber eine Phase, in der an den Universitäten und Hochschulen markante Veränderungen auftraten, von denen manche heftig diskutiert wurden. Wissenschaftler und Universitätsangehörige genossen allerhöchstes Ansehen in der Öffentlichkeit, und die Studentenschaft galt als selbstverständlicher Teil der Universität. Dies war auch für die Studierenden ab der Immatrikulation, der Ersteinschreibung, spürbar, denn sie wurden sehr früh entsprechend dem Prinzip „Bildung durch Wissenschaft“ in das Forschungsleben eingeführt, wurden bei der Abfassung ihrer akademischen Arbeiten nicht selten im Rahmen der Forschungsfelder der Professoren aktiv und konnten sich selbst sehr bald als bedeutendes Mitglied der „scientific community“ verstehen. Die akademische Lehre erfolgte in Kleingruppen, Professoren und Studierende kannten einander, und nicht selten wurde der akademische Nachwuchs zum Abendessen in die Familie des Professors eingeladen.<sup>2</sup> Bei allen Vorteilen dieser Voraussetzungen bargen sie den Nachteil für jene Studierenden, die sich mit dem jeweiligen Professor nicht verstanden. Sie taten gut daran, den Betreuer zu wechseln, allenfalls sogar die Universität, was ziemlich formlos und mit allergeringstem bürokratischen Aufwand bei gleichzeitiger Anrechnung der an anderen Universitäten zugebrachten Semester möglich war.

#### **Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg**

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg<sup>3</sup> kündigte sich aber auch schon das Zeitalter der Massenuniversität an. Die HörerInnenzahl<sup>4</sup> der Universität Wien stieg nach der Jahrhundertwende auf 10.000, sie war die erste des deutschsprachigen Raumes, die auf diese Veränderungen mit all ihren Auswirkungen auf den Lehrbetrieb zu reagieren hatte. Die übrigen Universitäten der Monarchie

---

<sup>1</sup> Zu all den Veränderungen in Wissenschaft und Universität liegt eine Fülle von Untersuchungsergebnissen vor, auch nur die wesentlichsten unter ihnen hier anzuführen, würde den Rahmen bei weitem sprengen.

<sup>2</sup> Alois Kernbauer, Wissenschaft und Universität in ihrem Selbstverständnis in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und die Wahrnehmung der mittelalterlichen „unviuersitas“, in: Nulla historia sine fontibus. Festschrift für Reinhard Härtel zum 65. Geburtstag, Hg. v. Anja Thaller, Johannes Gießauf und Günther Bernhard (= Schriftenreihe des Instituts für Geschichte 18) Graz 2010, 251-262.

<sup>3</sup> Ein Gesamtüberblick über die Entwicklung von Wissenschaft und ihrer Institutionen in der Steiermark findet sich in: Alois Kernbauer, Universitäten, Hochschulen und Wissenschaft, in: Geschichte der Stadt Graz, Band 3: Kirche – Bildung – Kultur, Hg. v. Walter Brunner im Auftrag des Kulturstamtes der Stadt Graz, Graz 2003, 327-410. – Alois Kernbauer, Die Universitäten und die Wissenschaft, in: Vom Bundesland zur europäischen Region. Die Steiermark von 1945 bis heute, Hg. v. Joseph F. Desput (= Geschichte der Steiermark Band 10) Graz 2004, 551-604. – Alois Kernbauer, Die Hochschulen und die Wissenschaft. Die Steiermark vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis 1945, Hg. v. Joseph F. Desput (= Geschichte der Steiermark 9) (im Druck).

<sup>4</sup> Die statistischen Daten sind den Veröffentlichungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes entnommen.

wiesen deutlich niedrigere Zahlen auf, die Karl-Franzens-Universität Graz<sup>5</sup> im Jahr 1901 1.510, die Technische Hochschule in Graz<sup>6</sup> 371, die Montanistische Hochschule in Leoben<sup>7</sup> 232.

Die Universitäten und Hochschulen befanden sich um 1900 in einer Phase der Neuorientierung.<sup>8</sup> – Neben den seit Jahrhunderten bestehenden Universitäten etablierten sich die im 19. Jahrhundert entstandenen Hochschulen für technische Studien, Bergbau, Ökonomie und Künste als gleichwertige „Hochschulen“, wenngleich der Terminus „Universität“ erst 1975 zuerkannt wurde. Ausdruck dieser Gleichstellung war das den Technischen Hochschulen zuerkannte Promotionsrecht.

Zur gleichen Zeit wurden Frauen<sup>9</sup> regulär zum Studium zugelassen, zuerst 1897 an philosophischen Fakultäten, dann 1900 an medizinischen, 1918 an rechts- und staatswissenschaftlichen und 1945 schließlich an theologischen Fakultäten. Zwar hatten Frauen schon ab den 1870er Jahren einzelne universitäre Lehrveranstaltungen besucht, nun aber konnten sie ein Studium abschließen und damit eine entsprechende berufliche Qualifikation erwerben. Die Frauen nützten diese Möglichkeiten in manchen Fächern rasch, und in der Zeit des ersten Weltkrieges traten Frauen als Assistentinnen in die universitäre Mitarbeit ein und wurden alsbald nach erfolgreich absolvierter „Habilitation“ als Universitätslehrerinnen tätig. Das Frauenstudium wie auch die Habilitation von Frauen wurden anfangs überaus kontroversiell diskutiert, und die Pionierinnen hatten es nicht leicht, den manchmal gegebenen Widerstand gegen die Habilitation zu überwinden. – Bis zur Ernennung der ersten Frau – es war dies Clara Zawisch-Osseniz – zur ordentlichen Universitätsprofessorin dauerte es aber bis in die Anfangsjahre nach dem zweiten Weltkrieg.

Als erste Frau promovierte Seraphine Puchleitner<sup>10</sup> an der Philosophischen Fakultät der Universität Graz, an der Medizinischen Fakultät wurde der erste Dokortitel an Maria Schulmeister am 25. Juli 1905 verliehen. – Im Wintersemester 1913/14 lag der Frauenanteil an der Universität Graz bei 6,6 Prozent; dieser Prozentsatz schwankte bis in die zwanziger Jahre nur unwesentlich. Vergleicht man die Grazer Verhältnisse mit denen an anderen Universitäten, so lag der Frauenanteil an der hiesigen Medizinischen Fakultät deutlich über jenem an der Universität Innsbruck.

Frauen traten damit in den Kreis der Akademiker in einer Zeit ein, in der die Zahl der Fächer an den Universitäten vermehrt wurde und die Berufsbilder sich erweiterten.

Der Kreis derjenigen, die mit Hochschulen in Berührung kam, erweiterte sich infolge der von der Universität von Cambridge ausgehenden „University Extension“-Bewegung. Für außerhalb der Universität Stehende wurden allgemein verständliche Lehrveranstaltungen abgehalten, um auf diese Weise alle sozialen Schichten an der Entwicklung der Wissenschaft teilhaben zu lassen. Diese Idee wurde in der Habsburgermonarchie aufgegriffen und fand ab 1895 unter dem Terminus „volkstümliche Universitätsvorträge“ breiten Anklang. Der Zulauf zu diesen Lehrveranstaltungen war trotz der Einhebung einer – wenn auch niedrigen Gebühr – überraschend groß.

Diese Veranstaltungen waren in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert: zum einen erhielten die Vortragenden ein – wenn auch nur mäßiges – Honorar, auf das die ProfessorInnen zumeist verzichteten, über das sich aber die finanziell weniger gut gestellten DozentInnen und AssistentInnen freuen konnten. Zum anderen galt es bei diesen Veranstaltungen, didaktisch vollkommen neue Wege zu beschreiten, zumal keine Kenntnisse vorausgesetzt werden konnten. Zum dritten wurden diese

<sup>5</sup> Seit dem 19. Jahrhundert sind neben zahlreichen Einzelstudien Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Universität erschienen, zuletzt: Walter Höflechner, Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz. Von den Anfängen bis in das Jahr 2005, Graz 2006.

<sup>6</sup> Zur Geschichte der Technischen Universität wurden seit ihrer Gründung im 19. Jahrhundert zahlreiche Studien verfasst, einer der jüngsten ist: Die Technik in Graz. Aus Tradition für Innovation, Hg. v. Josef Wohinz, Wien-Köln-Weimar 1999.

<sup>7</sup> Nach vielen Vorgängerwerken erschien aus Anlass des 150jährigen Bestandes: 150 Jahre Montanuniversität Leoben 1840-1990, Hg. v. Friedwin Sturm, Graz 1990.

<sup>8</sup> Alois Kernbauer, Wissenschaft in Graz um 1900, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 27/28 (1998) 233-258.

<sup>9</sup> Alois Kernbauer - Karin Schmidlechner-Lienhart (Hgg.), Frauenstudium und Frauenkarrieren an der Universität Graz (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 33) Graz 1996.

<sup>10</sup> Reinhold Aigner, Seraphine Puchleitner. Der erste weibliche Student und Doktor an der Universität Graz, in: Blätter für Heimatkunde 51 (1977) 119-122.

Lehrveranstaltungen auch außerhalb des Hochschulortes in den Bezirksstädten abgehalten und zeugen damit von dem Bemühen, „Wissenschaft“ an alle Bevölkerungsschichten heranzutragen, wobei man Kontakte zu Volksbildungsvereinen, Arbeiterbildungsvereinen und Gewerkschaftskommissionen pflegte und verbilligte Kurskarten für die Arbeiterschaft bereitstellte. BeamtInnen, Angehörige wissenschaftlicher Berufe und GymnasiastInnen bekundeten das allergrößte Interesse an diesen Veranstaltungen, doch fand sich auch eine große Zahl von Angestellten aus Handel und Gewerbe und Handwerkern ein. Der Anteil der eigentlichen ArbeiterInnen belief sich in Graz auf 14 Prozent, bei Vorträgen in den Bezirksstädten lag deren Anteil darüber. „Als Ursache kann vermutet werden, dass in Graz die Vorträge nur abends (20 Uhr bis 21.30 Uhr) gehalten wurden und in der Regel nicht im Wohngebiet der ArbeiterInnen stattfanden. Auswärts hingegen wurden die Veranstaltungen am Sonntag angesetzt und waren daher für ArbeiterInnen und Gewerbetreibende eher zugänglich. Die bäuerliche Bevölkerung nahm im gesamten heutigen Bundesgebiet von den neuen Bildungsmöglichkeiten kaum Kenntnis.“<sup>11</sup> Im Studienjahr 1903/04 – zu einer Zeit also, als diese Einrichtung noch im Aufbau begriffen war – wurden in Graz 35 Vorträge, außerhalb von Graz in 24 Orten 65 Vorträge gehalten.

Die Beteiligung der Professoren der Technischen Hochschule an diesen Veranstaltungen war bis auf einen – allerdings sehr wesentlichen – Fall nicht vorhanden: Die ersten Vorlesungen über Elektrotechnik wurden in Graz im Rahmen der volkstümlichen Universitätsvorlesungen von Albert von Ettingshausen, dem Professor der Physik, abgehalten, nachdem ungefähr 60 absolvierte Techniker schon im Jahre 1896 darum ersucht hatten.

Von den deutschsprachigen Universitäten ging zu Ende des 19. Jahrhunderts eine Initiative zur Abhaltung von Ferienkursen verschiedenster Art aus, die gerade in Österreich in den im September abgehaltenen Salzburger Hochschulwochen ihre allergrößte Breitenwirkung fanden, aber auch in Frankreich nachwirkten.

Die Zunahme der StudentInnenzahl in Ballungszentren, in denen die Bevölkerung stark im Ansteigen begriffen war, ließ die Frage nach effizienten Formen der Unterbringung aufkommen. Die Idee des Studentenheimes war geboren, nicht ohne dass Zeitgenossen auf das historische Vorbild der Bursen verwiesen, die ersten Heime wurden erst nach dem ersten Weltkrieg errichtet.

#### Die Zusammensetzung der HörerInnen

In den Jahren der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert verschob sich die ethnische Zusammensetzung der Hörschaft der Universität Graz erheblich. Der Anteil der Deutschsprachigen stieg vom Studienjahr 1897/98 bis zum Studienjahr 1903/04 von 60% auf 70% an, während im gleichen Zeitraum die Zahl der italienischen StudentInnen von 15% auf 9,5% absank, was seinen Grund in den Bestrebungen zur Errichtung einer italienischsprachigen Universität in der Monarchie hatte. Der Anteil der SerbokroatInnen sank von 12% auf 10%, was seinen Grund in der Anrechnung der juristischen Studien in Zagreb hatte. Schwerer zu erklären war der Rückgang der slowenischen StudentInnen von 8,5% im Studienjahr 1889/90 auf 6,7% im Studienjahr 1903/04.

Für emotionalen Zündstoff sorgte zu dieser Zeit das immer wieder aufkeimende Gerücht einer allfälligen Einrichtung von slowenischen Prüfungskommissionen an der Universität Graz.

Eine mit wünschenswerter Genauigkeit durchgeführte Gesamtuntersuchung der Zusammensetzung der Grazer StudentInnenschaft liegt lediglich für die letzten Jahre vor dem ersten Weltkrieg für die Karl-Franzens-Universität vor. Die Hörschaft kam zu 95 Prozent aus den Ländern der Österreichisch-ungarischen Monarchie, unter den ausländischen Studierenden stellten die SerbInnen die größte Gruppe, gefolgt von den RussInnen; erst an dritter Stelle rangierten die Deutschen, bei denen das „österreichische Heidelberg“ sehr beliebt war. 40 Prozent der Studierenden kamen aus der Steiermark, gefolgt von den Studierenden aus dem Küstenland. Die Universität Graz war – ebenso wie die Technische Hochschule – also das geworden, was man ihr am Beginn des großen Ausbaus in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts als Aufgabe zugedacht hatte: eine

---

<sup>11</sup> Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd 4: Von 1848 bis zum Ende der Monarchie, Wien 1986, 180.

Universität für den „Südosten des Reiches“<sup>12</sup>. Verblüffend groß war jedoch auch die Hörschaft aus Böhmen und Mähren. 60 Prozent der Studierenden gaben Deutsch als Muttersprache an, gefolgt von 15 Prozent mit Italienisch und 7 Prozent mit Slowenisch. 83 Prozent der HörerInnen bekannten sich zum katholischen Glauben, nicht ganz 10 Prozent zur evangelischen Konfession, 4 Prozent waren griechisch-orthodox und knapp 3 Prozent waren mosaischen Bekenntnisses.

Hinsichtlich der sozialen Herkunft entstammte der größte Teil dem Bildungsbürgertum, an der Katholisch-Theologischen Fakultät dominierten die Bauernsöhne; im Falle der Zusammensetzung ist auch die ethnische Zugehörigkeit zu berücksichtigen: die Mehrzahl der SlowenInnen stammte ebenfalls aus dem Bauernstand.

Recht gut funktionierte das Stipendienwesen<sup>13</sup> zu dieser Zeit, um das die Universität selbst sorgsam bemüht war. Zwar gab es kein Staatsstipendium im heutigen Sinn, doch bestand eine Fülle von einzelnen Stiftungen. Im Studienjahr 1903/04 betrug die Gesamtsumme der an der Universität Graz vergebenen Stipendien 110.000 K. Zum Vergleich: Das Jahresgehalt eines Professors lag bei dessen Berufsantritt bei 2.000 Kronen. Bis zum Ende der Monarchie bestanden an der Universität Graz drei Unterstützungsfonds, einer für deutsche, einer für italienische und einer für slowenische StudentInnen.

Das seit dem Studienjahr 1865/66 bestehende „Freitisch-Institut“, dessen Stammkapital im Studienjahr 1903/04 77.000 K betrug, bedachte im Studienjahr 1903/04 131 StudentInnen; besonders bevorzugt waren – wohl wegen ihrer sozialen Herkunft – slowenische StudentInnen. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts wirkten sich die Nationalitätenstreitigkeiten auch auf diese Einrichtung aus.

Als weitere soziale Einrichtung bestand der „deutsche Studenten-Krankenverein“.

### StudentInnenverbindungen

In der Zeit vor dem ersten Weltkrieg waren die studentischen Verbindungen<sup>14</sup> die einzigen Formen der studentischen Organisation und nahmen vielfältige Aufgaben wahr. So fanden sich StudentInnen verschiedenster Nationalität zu Gruppierungen zusammen, wobei die deutschnationalen Verbindungen zahlenmäßig dominierten und um die Jahrhundertwende über die längste Tradition verfügten: Leoben: Corps Schacht seit 1861, Corps Montania seit 1862, Corps Erz seit 1881, Akademische Burschenschaft Cruxia seit 1884, Akademische Burschenschaft Leder seit 1886.

Graz: **Burschenschaften:** Stiria seit 1861, Arminia seit 1868, Allemannia seit 1869, Frankonia seit 1879, Carniola seit 1884, Germania seit 1885, Marcho-Teutonia seit 1885, Rhaetogermania seit 1886, Ostmark seit 1889, Cheruskia seit 1890. – **Corps:** Joannea seit 1861, Teutonia seit 1863, Vandalia seit 1894. – Weitere Korporationen: Akademische Sängerschaft Gothia seit 1863, Akademische Verbindung Tauriska seit 1888. – **Vereine:** Akademischer Turnverein seit 1864, Deutscher Leseverein seit 1868, Verein deutscher Studenten in Graz seit 1876, Akademischer Verein deutscher Historiker seit 1877, Kärntner Studenten-Unterstützungs-Verein in Graz seit 1881, Deutscher Naturwissenschaftlicher Verein seit 1888, Akademischer Jahnbund seit 1899, Verband deutscher Hochschüler Marburgs a.D. seit 1900, Verein Grazer Hochschülerinnen seit 1912. – **Katholische Studentenverbindungen:** Carolina seit 1888, Winfridia seit 1907, Traungau seit 1908. – **Jüdische Korporationen:** Humanitas 1875-1897, Charitas 1897-1922, Vereinigung jüdischer Freistudenten Emunah 1908-1922, Jüdisch-akademischer Verein Achduth 1911-1922.<sup>15</sup> – Als weitere

<sup>12</sup> Alois Kernbauer, „Eine Universität für die Provinzen im Südosten des Reichs“. Die Karl-Franzens-Universität Graz und ihr Lehr- und Forschungsauftrag, in: Danubia Carpathica. Jahrbuch für Geschichte und Kultur in den deutschen Siedlungsgebieten Südosteuropas 1 (48) (2007) 113-141.

<sup>13</sup> Siehe dazu: Helmut Bauer, Die Entwicklung des Stiftungs- und Stipendienwesens an der Karl-Franzens-Universität Graz 1863-1914, Geisteswiss. Dipl. Graz 1989.

<sup>14</sup> Ohne die zahlreichen Studien einzeln aufzulisten, sei hier auf die Schriftenreihe des Steirischen Studentenhistoriker-Vereines, Folge 1 (1980) ff.

<sup>15</sup> Harald Seewann, Die Jüdisch-Akademische Verbindung Charitas Graz 1897-1938. Band 1: Ein Beitrag zur Geschichte des Zionismus auf Grazer akademischem Boden. Mit einem personenkundlichen Teil von Theo Weichmann, Graz 1986. Band 2: Die Jüdisch-Akademische Verbindung Charitas Graz 1897-1938. Mit einer Auswahl von Beiträgen zur Geschichte und zur Selbstdarstellung des bis zum Jahre 1938 bestandenen jüdisch-

Verbindungen bestanden in Graz der Siebenbürgisch-sächsische Verbindung Saxonia, die Ferialverbindung Carniola, der Verein Triglav, der Verein Srbadia, der Verein Hrvatska, der Verein Ognisko und der Akademisch-Technische Radfahrverein.

### Der Anstieg der Hörschaft in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg

Die Gesamtzahl der an Universitäten Cisleithaniens studierenden Jugend stieg in den ersten Jahren des Jahrhunderts vor Ausbruch des Weltkrieges überaus stark an: In der cisleithanischen Reichshälfte wuchs sie von 17.462 im Jahr 1901 auf 28.259 im Jahr 1914, an der Karl-Franzens-Universität von 1.510 auf 2.070, von denen 108 Frauen waren, an der Technischen Hochschule von 402 auf 702. – Die überproportionale Zunahme an der Technischen Hochschule war durch mehrere Faktoren bedingt und spiegelte die erhöhte Bedeutung der angewandten Wissenschaft.

### Studentische Konflikte

Üblicherweise waren die StudentInnen die TrägerInnen politischer Auseinandersetzungen auf Hochschulboden, während es zum Selbstverständnis der ProfessorInnen gehörte, als WissenschaftlerInnen über den Parteiungen zu stehen, wenngleich manche ihre Sympathien nicht verhehlten. Fallweise konnten ProfessorInnen und Rektoren in die Auseinandersetzungen zwischen studentischen Gruppierungen hineingezogen werden, wenn sie die studentischen Befindlichkeiten nicht mit entsprechendem Takt berücksichtigten. Einen Höhepunkt der Konflikte stellte 1908 der berühmte „Bauernsturm“<sup>16</sup> auf die Universität Graz dar, bei dem der Geologe Rudolf Hoernes leidenschaftlich gegen die Bauern Partei ergriff.<sup>17</sup> Hoernes sah – wie viele seiner Professorenkollegen auch – gerade von klerikaler Seite die Freiheit der Wissenschaft und der Universität bedroht. An die Möglichkeit der Vereinnahmung der Wissenschaft durch von politischen Parteien getragene Ideologien dachte damals niemand.

Nach mehreren ruhigen Jahren kam es im Mai 1913 anlässlich des 25jährigen Stiftungsfestes der Carolina nochmals zu größeren Ausschreitungen zwischen nationalen und katholischen StudentInnen.

### Antisemitismus

Um die Jahrhundertwende scheint der Antisemitismus in Graz bei vielen StudentInnen stark verankert gewesen zu sein. Ein ganz anderes Bild ergibt sich aber hinsichtlich der Professorenschaft, die in Besetzungsvorschläge wissenschaftlich qualifizierte jüdische Kandidaten aufnahm. Otto Loewi, Nobelpreisträger 1936, kam in dieser Zeit an die Universität Graz.

Recht gut erforscht ist das Verhalten der studentischen Verbindungen gegenüber Juden und Jüdinnen, die nicht mehr als Deutsche weil Deutsch sprechend angesehen wurden: als erste hatte die Wiener Burschenschaft Libertas 1878 den Arierparagrafen eingeführt, ab 1881 folgten auch die Grazer Studentenverbindungen. Zum Rassenantisemitismus kam der auch bei den katholischen Verbindungen verbreitete wirtschaftlich bzw. religiös bedingte Antisemitismus.

### **Der Erste Weltkrieg**

Das Aufblühen der Universitäten in der Zeit vor dem Kriegsausbruch wurde abrupt durch den Kriegsausbruch beendet. Überaus bedeutsam für die Zeit nach 1918 war, dass die Gemeinsamkeit des Kriegserlebnisses unter den StudentInnen ein neues Selbstbewusstsein und auch ein Zusammengehörigkeitsgefühl schuf, das vordergründig darauf zurückgeführt wurde, dass der den

---

nationalen Waffenstudententums in Österreich, Graz 1987. Schriftenreihe des Steirischen Studentenhistoriker-Vereines, Bde 12-13.

<sup>16</sup> Siehe dazu: Manfred Gaar, Franz Hagenhofer. Das Wirken eines steirischen Bauernführers, Phil. Diss. Graz 1974.

<sup>17</sup> Helmut W. Flügel, Geologie und Paläontologie an der Universität Graz 1761-1976. Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz, Bd 7, Graz 1977 (= Flügel, Geologie), 40-41.

katholischen Verbindungen gemachte Vorwurf, „sie schlugen sich nicht, weil sie zu feige dazu seien“<sup>18</sup>, angesichts vieler Tapferkeitsauszeichnungen nicht berechtigt erscheinen ließ. Die StudentInnen waren aus dem Krieg mit großem Selbstbewusstsein zurückgekehrt, widmeten sich mit größtem Einsatz dem Studium und legten darauf Wert, ihre jeweilige politische Haltung auch nach außen deutlich zu vertreten.

Nach Kriegsende kam es zur Schaffung einer StudentInnenvertretung an den Hochschulen.

Von November 1918 an war der Anschluss Österreichs an Deutschland, basierend auf der Vorstellung einer ethnischen und kulturellen Zusammengehörigkeit, unter der Mehrzahl der WissenschaftlerInnen eine selbstverständliche und den allermeisten gemeinsame Grundeinstellung.

## **Die Zwischenkriegszeit**

### Die politische Ausrichtung von StudentInnen und ProfessorInnen

#### Weltanschauung und Wissenschaft

In der Zwischenkriegszeit erfuhren die Universitäten eine überaus starke Politisierung, die vor allem von der studentischen Jugend getragen und artikuliert wurde. Aus der ersten Hälfte der dreißiger Jahre liegt eine zeitgenössische Einschätzung der politischen Einstellung der Grazer Studentenschaft durch den Rektor der Karl-Franzens-Universität Hans Benndorf vor. Zu Jahresende 1933 richtete er ein Schreiben an Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, in dem er auf die ideologischen Verhältnisse vor allem unter den StudentInnen hinwies: „Von den rund 3.000 Studierenden der beiden Grazer Hochschulen gehören höchstens 30 % der katholischen, 70 % der national gesinnten Studentenschaft an. ... Es ist meine feste Überzeugung, dass geistige Strömungen, wenn sie einmal eine solche Ausdehnung gewonnen haben, mit Erfolg nicht mit Gewaltmitteln bekämpft werden können. ... Ich bin auch der Überzeugung, dass bei einem beträchtlichen Teil der nationalen Studentenschaft, wobei man nicht vergessen darf, dass unter ihr sich ein großer Teil der besten Söhne unseres Volkes befindet, Drohungen und selbst harte Strafen als Abschreckungsmittel unwirksam sind. Viele von jenen werden vor keinem Opfer zurückscheuen und erfüllt von einer förmlichen Sehnsucht nach Märtyrertum selbst ihr Leben auf Spiel setzen, wenn sie glauben, dies ihren Idealen darbringen zu müssen.“<sup>19</sup> Benndorf hegte zudem die „sehr ernste“ Befürchtung, dass bei längerem Anhalten dieser Spannungen ein an sich geringfügiges Ereignis „zu einer Explosion“ führen könnte.

Die permanenten Konfrontationen zwischen der deutschnationalen und der katholischen StudentInnenschaft führten oft genug zu gewaltsamen Auseinandersetzungen auf universitärem Boden. In den letzten Jahren vor dem „Anschluss“ verlegte sich die verbotene deutsche StudentInnenschaft auf Provokationen und hielt sich und ihre Zielsetzungen, allen voran den Anschluss an ein (auch nationalsozialistisches) Deutschland, weiterhin im Bewusstsein der Öffentlichkeit.

#### Antisemitismus in der Zwischenkriegszeit

Wiewohl Guido Loewi, der Sohn des Nobelpreisträgers Otto Loewi, zu erzählen wusste, dass er während seiner gesamten Grazer Schulzeit keiner Form von Antisemitismus begegnet sei, dürfte eine antisemitische Grundstimmung vor allem in manchen Kreisen der StudentInnenschaft bestanden haben. Schon im Jahre 1923 wurde der Rabbiner David Herzog, der zugleich an der Universität semitische Philologie lehrte, in einem Gasthaus von Studenten angepöbelt. Für Juden und Jüdinnen wurde es ganz allgemein zunehmend schwieriger, woran auch das Faktum nichts änderte, dass David Herzog den Titel eines Universitätsprofessors verliehen bekam und 1935 noch Ehrenbürger der Stadt Graz wurde.

<sup>18</sup> Ernst Kresbach, 40 Jahre Carolina, Graz 1928, 469.

<sup>19</sup> Brief Hans Benndorfs an Engelbert Dollfuß ddo 1933 XI 22. - Abgedruckt in: Walter Höflechner, Die Baumeister des künftigen Glücks. Fragment einer Geschichte des Hochschulwesens in Österreich vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis in das Jahr 1938. Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz, Bd 23, Graz 1988, 475.

Von der dominanten Deutschen StudentInnenschaft waren Juden und Jüdinnen ebenso ausgeschlossen wie von den nationalen Gruppen der aus den Nachfolgestaaten stammenden StudentInnen. So gründeten sie ungeachtet ihrer geringen Zahl zwei Vereine: 1924 die „jüdisch-akademische Vereinigung der Studenten und Studentinnen beider Hochschulen in Graz“ und 1929 die „Charitas“ nach der schon vor dem Weltkrieg bestandenen Verbindung. Am 30. November und 1. Dezember 1929 wurde in Graz der österreichisch-jüdische Farbstudententag abgehalten, an dem die Vertreter von sieben Wiener jüdisch-akademischen Vereinigungen teilnahmen, die „rein national“ waren und niemanden als Mitglied zuließen, der „deutsch-liberaler Gesinnung sei oder der sozialdemokratischen oder der kommunistischen Partei“<sup>20</sup> angehörte.

### Die Zusammensetzung der StudentInnenschaft

Der Zerfall der Monarchie wirkte sich auch auf die Zusammensetzung der HörerInnenschaft an den Hochschulen aus. Die italienischsprachigen StudentInnen, die an der Universität 1918 noch nahezu 10 Prozent der HörerInnenschaft ausgemacht hatten, blieben zur Gänze aus. Die StudentInnen aus dem neugegründeten SHS-Staat und aus Bulgarien inskribierten einige Semester an den Landesuniversitäten oder auch an der Universität Prag, kehrten dann aber wiederum nach Graz zurück. Einer der Gründe dafür mag gewesen sein, dass die Höhe des Kollegiengeldes für ausländische Studierende von der zehnfachen Höhe des von Inländern zu zahlenden Betrages im Sommersemester 1919 auf die sechsfache Höhe reduziert wurde. Erst 1922 kam es zu deutlichen Erleichterungen für AusländerInnen. Die recht harten Maßnahmen gegenüber ausländischen Studierenden galten nicht für Reichsdeutsche und Angehörige der deutschsprachigen Minderheiten in den Nachfolgestaaten, die den InländerInnen gleichgestellt waren.

Das sogenannte „Seniorenstudium“ bestand selbstverständlich auch in dieser Zeit.

Die Ausstrahlung der Universität Graz vor allem in den Osten Europas hielt in dieser Zeit an. Vor allem unter den StudentInnen der Medizin bestand eine beträchtliche Mobilität: Von den 315 angehenden Medizinerinnen waren fast die Hälfte vor ihrem Studium an der Universität Graz an einer anderen Universität – zumeist des Auslandes – inskribiert gewesen, wobei der Radius von der Frauenuniversität Moskau bis nach Rom reichte. Ein besonders großer Zustrom ausländischer Studierender nach Graz kam aus Bulgarien und aus Deutschland.

### HörerInnenzahlen

Die GesamthörerInnenzahl der Universität lag in der Zwischenkriegszeit bei ungefähr 2000, stieg nur 1922/23 auf 2757 und 1932/33 auf 2608. Die Zahl der Frauen stieg von 226 im Studienjahr 1918/19 in den folgenden beiden Jahrzehnten um das Doppelte und erreichte 1932/33 mit 485 ihren Höchststand.

An der Technischen Hochschule in Graz lag die Gesamtzahl der Studierenden nach dem Krieg über 1000 und sank dann kontinuierlich auf 481 im Studienjahr 1937/38. Im Studienjahr 1934/35 erreichte die Zahl der Studentinnen mit 11 ihren Höchststand.

### StudentInnenheime

Die Wohnungsnot nach dem Weltkrieg und die steigenden Preise von Untermietzimmern, was seinen Grund neben der Inflation vor allem auch in dem Umstand hatte, dass Studierende aus dem valutastarken Ausland ganz leicht imstande waren, jeden für InländerInnen noch so hoch erscheinenden Preis zu bezahlen, führten dazu, dass man Heime für Studierende schuf. Voran ging man in Leoben. Im Jahre 1922 fasste man auch in Graz den Entschluss, ein Heim zu errichten, und zwar in der Elisabethstraße; es bot 45 Studierenden Platz.

---

<sup>20</sup> Zitiert nach: Höflechner, Baumeister, 325-326.

## 1934-1938

Die Machtergreifung Hitlers in Deutschland hatte auch auf Österreichs Hochschulen Auswirkungen: Die Hochschulen Österreichs wurden unter die unmittelbare Kontrolle des Staates genommen und unter dem Beifall der veröffentlichten Meinung umstrukturiert; der Zuzug reichsdeutscher StudentInnen unterbunden. Man rühmte sich, dass die „Eroberung Österreichs durch das Hakenkreuz ins Stocken geraten sei“<sup>21</sup>. Eine dieser Maßnahmen war die Einführung des Legitimationszwanges. Personelle Abbaumaßnahmen und permanente Einsparungsmaßnahmen waren an der Tagesordnung.

Eine Reihe von verschärften Disziplinarmaßnahmen betraf alle Universitätsangehörigen.

Nach dem Putsch der Nationalsozialisten und der Ermordung Dollfuß' wurden NationalsozialistInnen aus dem Hochschuldienst entlassen. MaturantInnen, deren Reifezeugnis „die Sittennote ‚nicht entsprechend‘“ mit dem Hinweis enthielt, dass dies auf verbotene politische Parteibetätigung zurückzuführen war, waren 1935 von der Immatrikulation ausgeschlossen.<sup>22</sup>

## **Die Zeit des Nationalsozialismus**

### Die Folgen des „Anschlusses“

Wenige Tage nach dem „Anschluss“<sup>23</sup> Mitte März 1938 begann die Erfassung der StudentInnen, allen voran der jüdischen HörerInnen, deren Zulassung zum Studium kraft eines ministeriellen Bescheides vom Mai 1938 fürs erste im Wirkungsbereich der Universitäten blieb, alsbald aber gänzlich untersagt war. Jüdische HörerInnen, die ihr Absolutorium im Verlauf des Studienjahres 1937/38 erlangen konnten, wurden noch zur Promotion zugelassen, wobei der Ablauf der Doktorgradsverleihung eigens geregelt wurde.

Im Verlauf des Jahres 1938 sank die Zahl der Studierenden an allen ehemals österreichischen Hochschulen um ca. 6 Prozent; am stärksten war der Rückgang an der Universität Wien mit 10 Prozent, am geringsten an den Technischen Hochschulen. Einzig die Hochschule für Welthandel verzeichnete einen Hörerzuwachs. Nach einer in der NS-Zeit erstellten Statistik waren an allen österreichischen Hochschulen im Wintersemester 1937/38 bei einer Gesamtinskriptionszahl von 17.490 HörerInnen 1.864 Studierende mosaischen Religionsbekenntnisses eingeschrieben: davon entfielen auf die Universität Wien 1.375, auf die Universität Graz 37 und auf die Universität Innsbruck 4. An der Technischen Hochschule in Graz waren es 6, während die Zahl an der Technischen Hochschule Wien 215 betrug.

Nationalsozialistischen StudentInnen, die während der „Verbotszeit“ nach 1933 Nachteile erlitten hatten, wurden bis Ende 1938 auf deren eigenes Ansuchen hin Studierenerleichterungen gewährt, jenen StudentInnen, die ab 1934 Studierverbot in Österreich gehabt hatten, wurden fortan die Inskriptionstaxen erlassen.

### Die Entwicklung der StudentInnenzahlen

Die GesamthörerInnenzahl der Karl-Franzens-Universität<sup>24</sup> sank bis zum 2. Trimester 1940 rapide ab, nahm in der Folgezeit wiederum kontinuierlich zu, erreichte den tiefsten Wert im Wintersemester

<sup>21</sup> Höflechner, Baumeister, 470.

<sup>22</sup> Bundesgesetz über die Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Studierenden an den Hochschulen BGBl II Nr. 238, 1934. - Dieses Gesetz wurde zweimal novelliert (BGBl. II Nr. 381/1935 und Nr. 388/1937).

<sup>23</sup> Alois Kernbauer, Die Hochschulen in Graz in der NS-Zeit, in: NS-Herrschaft in der Steiermark. Positionen und Diskurse, Wien-Köln-Weimar 2012, 219-239. – Alois Kernbauer, Nationalsozialistische Universitätsreform in den ersten Monaten nach dem „Anschluss“ im Mikrokosmos der Grazer Medizinischen Fakultät, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 29/30 (2000) 341-365. – Hans-Peter Weingand, Die Technische Hochschule in Graz im Dritten Reich. Vorgeschichte, Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus an einer Institution, Graz 1988.

<sup>24</sup> Eine knappe Übersicht über diese Epoche an der Universität Graz findet sich in: Reichsuniversität Graz, in: Ingo Haar und Michael Fahlbusch (Hg.) Unter Mitarbeit von Matthias Berg, Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen, München 2008, 562-568.



1944/45 bzw. in dem schon nach Kriegsende stattfindenden Sommersemester 1945.<sup>25</sup> In der Tendenz ganz ähnlich entwickelten sich die HörerInnenzahlen an der Technischen Hochschule Graz. Die genaue statistische Untersuchung der HörerInnenschaft der Universität Graz ergab eine Übereinstimmung mit der studentischen Entwicklung an den allermeisten reichsdeutschen hohen Schulen, vor allem wenn man Fragen wie die prozentuelle de-facto-Zunahme der weiblichen Studierenden ins Auge fasste. Eine Besonderheit stellte jedoch die starke Zunahme des Anteils der aus dem „Altreich“ stammenden HörerInnen dar, aus dem mehr als die Hälfte der an der Karl-Franzens-Universität erstmals inskribierenden StudentInnen stammte.

Zum Studium war nur zugelassen, wer den Kriterien der Partei entsprach. Die StudentInnenschaft wurde von „rassischen Fremdkörpern“ und von – soweit eruiert – „politisch Unzuverlässigen“ gesäubert. Dem Studentenbundführer<sup>26</sup> kam Entscheidungsbefugnis bezüglich der Zulassung von StudentInnen zum Studium zu.

Das Ziel der nationalsozialistischen StudentInnenpolitik war es, ArbeiterInnen- und Bauernkinder an die Universität zu ziehen und über sie eine neue, politisch zuverlässigere WissenschaftlerInnengeneration aufzubauen, als dies die bislang mehrheitlich aus dem Bildungsbürgertum bzw. dem Mittelstand kommende StudentInnenschaft darstellte, ungeachtet der Tatsache, dass diese StudentInnen ohnedies mehrheitlich deutschnational eingestellt waren. So schuf man neben der Reifeprüfung Sonderformen des Hochschulzuges vor allem für ideologisch höchst Zuverlässige.

Für die StudentInnen änderte sich so manches: Sie hatten bei Unterbrechungen beim jeweiligen Dekanat um Genehmigung anzusuchen; für den Fall, dass sie dies nicht taten, liefen sie Gefahr, die zurückgelegte Studienzeit zur Gänze oder teilweise zu verlieren. Eine solche Beurlaubung konnte für ein, höchstens für die Dauer von zwei Semestern erteilt werden, sofern gewichtige Gründe vorlagen. Solche Gründe<sup>27</sup> waren „Ableistung der vorgeschriebenen Praktikantenzeit, wenn die Praktikantentätigkeit unentgeltlich erfolgte“, „Erkrankung des Studierenden, wobei die Krankheit und die voraussichtliche Dauer derselben ärztlich bescheinigt sein muss“, „die Notwendigkeit, dass ein Studierender infolge Erkrankung in der Familie vorübergehend den elterlichen Betrieb zu leiten bzw. in ihm zu arbeiten hat“, „Vorbereitung zur Hauptprüfung, Voraussetzung hierbei ist die Erfüllung der vorgeschriebenen Anzahl der Studiensemester“, „Vorbereitung zur Vorprüfung. In diesem Fall ist jedoch nur die Beurlaubung für ein Semester zulässig“, „Ableistung des Wehrdienstes bis zu 8 Wochen“, „Ableistung des Arbeitsdienstes nach erfolgter Aufnahme des Studiums“. Die Beurlaubung für den Wehrdienst wurde im Herbst 1938 auf die Dauer von 12 Wochen erhöht.<sup>28</sup>

Umgekehrt erteilten die NS-Gliederungen, namentlich die SA, SS, NSKK und HJ den StudentInnen bis zu sechs Monate Urlaub vom Dienst für Studien- und Prüfungszwecke.<sup>29</sup>

### Frauenstudium

Das Merkwürdige an der Entwicklung des Frauenstudiums in der NS-Zeit war, dass entgegen der grundsätzlichen Haltung der Politik die Zahl studierender Frauen prozentuell stark zunahm.

An der Juridischen Fakultät wurde ausgerechnet in der NS-Zeit die erste Frau als Lehrende tätig: Stella Seeberg<sup>30</sup>, die ihre Lehrbefugnis an der Universität Berlin 1939 erworben hatte, wurde mit Herbst 1942 der Universität Graz als Lehrbeauftragte für Volkswirtschaftslehre zugewiesen. Ihre Vorlesungen und Übungen aus diesem Fach waren bei den StudentInnen – nicht zuletzt wegen ihrer Lockerheit in Form und Ton – überaus beliebt.

<sup>25</sup> Monika Hofstätter, Die Studentenschaft der Universität Graz. Wintersemester 1937/38-Sommersemester 1945, Geisteswiss. Diplomarbeit Graz 1998.

<sup>26</sup> Friedrich Bouvier, Wilhelm Danhofer, in: Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark 83 (1992) 495-496.

<sup>27</sup> Universitätsarchiv Graz (= UAG) Rektorat ZI 3388 ex 1937/38.

<sup>28</sup> UAG Rektorat ZI 275 ex 1938/39.

<sup>29</sup> UAG Rektorat ZI 927 ex 1938/39.

<sup>30</sup> Alois Kernbauer, Stella Seeberg. Die erste Dozentin an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, in: Alois Kernbauer - Karin Schmidlechner-Lienhart (Hgg.), Frauenstudium und Frauenkarrieren an der Universität Graz (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 33) Graz 1996, 260-264.

### Die Studentenkompagnie der Wehrmacht

Wie an den allermeisten medizinischen Fakultäten der Universitäten des Deutschen Reiches baute die Wehrmacht auch an der Universität Graz eine Studentenkompagnie zum Studium der Medizin auf.<sup>31</sup> Die Grazer Kompagnie wurde am 27. März 1941 aufgestellt, unterstand der Sanitäts-Abteilung Graz, wurde mit 15. Oktober 1943 in zwei Kompagnien restrukturiert und am 24. März 1944 in „Sanitäts-Offiziers-Ergänzungs-Abteilung Graz“ umbenannt, die am 20. November 1944 aufgelöst wurde. Im November 1944 wurde die Grazer Kompagnie infolge eines Bombenschadens nach Innsbruck verlegt und in die dortige eingegliedert. Die Zahl der in Graz studierenden Wehrmachtsangehörigen lag zwischen 80 und 130 Mann, die ursprünglich kaserniert waren, dann privat untergebracht waren. Der soldatische Dienstbetrieb bestand lediglich aus Appellen, die an Werktagen zeitweise täglich in der Kaserne Gösting stattfanden. In den Semesterferien der Jahre 1943 und 1944 wurden Lehrgänge auf der Roßbachtalpe und Hochgebirgsübungen am Groß-Venediger und in den Hohen Tauern durchgeführt.

### Die SS-Ärztliche Akademie

Die SS-Ärztliche Akademie<sup>32</sup> wurde 1937 in Berlin gegründet und war in einem Mietshaus in der Friedrichstraße untergebracht. Das Studium der Medizin wurde an der Universität Berlin absolviert.

Im Herbst 1940 wurde die SS-Ärztliche Akademie von Berlin nach Graz verlegt, wo sie im Gebäude der Landes-Taubstummenanstalt, Rosenberggürtel 12, untergebracht wurde. Sie wurde kurz vor Kriegsende aufgelöst.

Die Ausbildung hatte in Berlin mit 20 Junkern begonnen und sollte in Graz auf 100 erhöht werden, doch wurde dieser Stand nie erreicht. Der Personalstand schwankte auch infolge der wiederholten Fronteinsätze während der Ferien, bei denen ungefähr 12 Prozent der Angehörigen der Akademie fielen. Das Stammpersonal bestand aus etwas mehr als 30 Mann. Die Akademie stand unter der Leitung eines Kommandanten, der wiederum in allen Belangen direkt Berlin unterstellt war.

Die Ausbildung zerfiel in zwei je fünfsemestrige Lehrgänge, einen vorklinischen und einen klinischen, für die jeweils eigene Leiter bestellt wurden. Das Studium wurde an der Universität absolviert, die Lehrveranstaltungen wurden in Zivil besucht. Bei Prüfungen pflegte der Kommandant oder der jeweilige Lehrgangleiter anwesend zu sein. Ungefähr fünfzehn Junker schlossen in Graz in den Jahren 1940-1945 das Studium der Medizin ab, die meisten naturgemäß in der letzten Kriegszeit.

Neben dem Medizinstudium und der sportlichen Ausbildung hatten die Junker eine Zusatzausbildung zu durchlaufen, und zwar während des vorklinischen Lehrgangs den Sanitätsdienstgrad für Krankenpflege, eine Kraftfahr-, Reit- und Fecht Ausbildung sowie eine Sprachausbildung, und zwar nach Wahl in englischer, französischer, italienischer oder russischer Sprache mit abschließendem Dolmetsch-Examen.

Im klinischen Lehrgang bestand die Zusatzausbildung in Sanitätstaktik, Berichtswesen, Truppenarztaufgaben, Truppenhygiene. – Dazu gab es in der Akademie Abendveranstaltungen zu verschiedensten Themen meist weltanschaulichen Inhaltes, wobei auch akademiefremde Referenten, etwa der Althistoriker Fritz Schachermayer, Vorträge hielten.

Vor dem Eintritt in die SS-Ärztliche Akademie hatten die Junker die Ausbildung zum Truppenoffizier zu durchlaufen. Nach Abschluss des Studiums wurde ferner ein einjähriges Medizinalpraktikum in einem SS-Lazarett absolviert. Die Absolventen der Grazer Akademie kamen zur Waffen-SS.

Die bislang aufgefundenen Akten zur SS-Ärztlichen Akademie beziehen sich auf mehrheitlich vergleichsweise kleine disziplinäre Vergehen und sind so ein Spiegelbild einer unglaublich strengen Disziplin. Forschungen zu weiteren Fragen sind im Gange.

<sup>31</sup> Wolfgang Bugs, Unternehmen Aesculap. Die Studenten-Kompagnien der Wehrmacht 1939-1945, Osnabrück 1995, 27-28.

<sup>32</sup> Harzer, Die SS-Ärztliche Akademie in Graz, in: Der Freiwillige 5 (1967) 9-10. – Die derzeitigen, von mir betriebenen Forschungen, werden in absehbarer Zeit voraussichtlich zu einem Abschluss gebracht werden können.

## NS-StudentInnenschaft

Zu Anfang Juni 1938 wurden sämtliche katholischen und jüdischen StudentInnenverbindungen und -vereine aufgelöst. Das Vermögen der katholischen Verbände wurde beschlagnahmt. Unmittelbar danach, am 11. Juni 1938, legten die Grazer Waffenstudenten freiwillig ihre Farben nieder, existierten teilweise aber als Kameradschaften innerhalb des Studentenbundes weiter.<sup>33</sup> Der NSDStB Österreichs wurde als „Bereich Südost“ in den Studentenbund des Reiches eingegliedert.

Auch die Studienordnungen wurden den reichsdeutschen Verhältnissen angeglichen, an die Stelle des Doktors der montanistischen Wissenschaften trat der Doktor-Ingenieur, die Diplomstudienordnung brachte neue Studienabschlüsse wie den des Diplom-Chemikers, aber auch des Diplom-Ingenieurs mit sich.

Mit Kriegsbeginn wurden die Universitäten Graz und Innsbruck, die Technische Hochschule Graz und die Montanistische Hochschule Leoben geschlossen; der Studienbetrieb an der Universität Graz begann erst wieder im Jänner 1940; kurzfristig wechselte man von der Semester- zur Trimestereinteilung. – Für jene StudentInnen im Dissertationsstadium, die infolge der Schließung der Hochschulen nach Kriegsausbruch Nachteile zu erwarten hatten, wurden Sonderregelungen getroffen.

Diese Beispiele mögen genügen, um das Bemühen des Regimes, alles und jedes nach Möglichkeit zu regulieren, zu dokumentieren.

## **Die Zeit nach Kriegsende bis in die 1950er Jahre**

### Wiederaufbau

Von der rund zehnwöchigen Besetzung durch die sowjetischen Truppen nach Kriegsende war vor allem das Hauptgebäude der Karl-Franzens-Universität betroffen, in dem sich Angehörige der Roten Armee einquartierten. Abgesehen von einigen Übergriffen kamen die Hochschulen in Graz vergleichsweise glimpflich<sup>34</sup> davon, wiewohl so manche Innenausstattung demoliert wurde. – Die britische Besatzungsmacht beschlagnahmte die Chirurgische Klinik, räumte sie 1948 weitgehend, im Jahre 1954 endgültig.

In den ersten Monaten nach Kriegsende leisteten ProfessorInnen, AssistentInnen und StudentInnen über ihren unmittelbaren Aufgabenbereich hinaus Arbeitseinsätze bei den Aufräumarbeiten der Kriegsschäden in der Stadt. Zur Überwindung der ärgsten Not fanden sich die drei steirischen Hochschulen zum sogenannten „Bildungswerk“ zusammen. Die Brennstoffknappheit wurde durch die Initiative der StudentInnen erheblich gemildert. 200 Studenten der Grazer Universität arbeiteten zwei Monate lang freiwillig in den weststeirischen Kohlengruben und förderten 900 Tonnen Kohle zur Beheizung der Universität. Dennoch saß man lange in Wintermänteln und mit Handschuhen in unbeheizten Hörsälen.

### Weltanschauliches und politische Ausrichtung

In den Jahren nach dem Weltkrieg wurde eine über die Hochschulen hinausgehende Neuordnung der politischen Landschaft im intellektuellen Milieu mit langanhaltenden Folgewirkungen in der zweiten Republik geschaffen. Im Zuge der Personalrochaden nach dem Weltkrieg schlug die Stunde des in der Zwischenkriegszeit unter der StudentInnenschaft zahlenmäßig stark in der Minderheit befindlichen, in der NS-Zeit verbotenen katholischen Cartellverbandes, der sich berufen sah, das neue Österreich aufzubauen und die Basis für einen einige Jahrzehnte andauernden Einfluss legte. Der in der Nachkriegszeit zahlenmäßig weniger bedeutende Bund Sozialistischer Akademiker zeigte sich

<sup>33</sup> Hans-Peter Weingand, Die Technische Hochschule in Graz im Dritten Reich. Vorgeschichte, Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus an einer Institution, Graz 1988, 30.

<sup>34</sup> Alois Kernbauer, Von der Reichs- zur Karl-Franzens-Universität, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 25 (1994) 361-398.

gegenüber den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern fallweise konzilianter. Im Jahre 1948 waren in der Steiermark 70 Prozent der BSA-Mitglieder ehemalige „Registrierte“<sup>35</sup>.

### Akademische Tradition und Neuordnungen

Nach den sieben Jahren nationalsozialistischer Herrschaft mit der Zielsetzung der Schaffung einer „Politischen Hochschule“<sup>36</sup> und rapide ablaufender, die alten akademischen Gepflogenheiten über Bord werfender Veränderungen waren die Hohen Schulen wiederum um Distanz zur Politik bemüht und bestrebt, ihre alten Traditionen wieder besonders zu betonen. Demonstrativ kehrte man bei Promotionen vom Deutschen wiederum zum Lateinischen, der „lingua franca“ der GelehrInnenwelt, zurück, im Studienjahr 1953/54 wurde die „Promotio sub auspiciis Praesidentis rei publicae“ nach dem Vorbild der „Promotio sub auspiciis Imperatoris“ eingeführt. Seit dem Studienjahr 1950/51 traten StudentInnenverbindungen wiederum bei Feierlichkeiten an der Universität auf.

Der Neuanfang knüpfte in manchem an Änderungsabsichten an<sup>37</sup>, die schon seit geraumer Zeit unter unterschiedlichen Vorzeichen diskutiert worden waren und somit wohl Antworten auf Zeiterfordernisse darstellten.

### Zunahme der HörerInnenzahlen

Die Universität wurde im Vergleich zu den beiden anderen steirischen Hochschulen in den Jahren nach dem Krieg vernachlässigt: im Jahre 1934 verfügte sie bei ca. 2000 HörerInnen über 86 Lehrkanzeln, 1955 bei gleichem Hörerstand nur noch über 69 Lehrkanzeln. Erst in den sechziger Jahren begann ein systematischer Ausbau der Universität in personeller Hinsicht.

Ab den sechziger Jahren verzehnfachte sich die StudentInnenzahl innerhalb zweier Jahrzehnte, während sich die Zahl der Lehrenden lediglich verdreifachte. Diese zusätzliche Belastung in der Lehre ging auf Kosten der Forschungskapazität. Unverändert blieben die Bekenntnisse der Politik zur Notwendigkeit der Förderung der wissenschaftlichen Forschung, aber nur unwesentlich wurde der prozentuelle Anteil des Forschungsaufwandes gesteigert.

Der internationale StudentInnenaustausch wurde gefördert.<sup>38</sup> Während die Fluktuation der StudentInnen in der Spätzeit der Monarchie nahezu innerhalb des deutschsprachigen Raumes selbstverständlich war, bedurfte es angesichts der wirtschaftlichen Not nach dem Zweiten Weltkrieg organisatorischer Hilfestellungen. Zur Weiterführung der Arbeit des ehemaligen „Educational Interchange Councils“ wurde vom Bundesministerium für Unterricht, dem Bundeskanzleramt, dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Österreichischen Ärztekammer, der Österreichischen Hochschülerschaft, der Vereinigung österreichischer Industrieller, der Österreichischen Nationalbank, des Bundeslandes Oberösterreich und der Gemeinde Wien im Jahre 1950 das „Österreichische Komitee für internationalen Studienaustausch“ gegründet. Ziel war die Förderung des Kontaktes zwischen den Institutionen für den Austausch. Es sollten Studienplätze und Stipendien für ÖsterreicherInnen im Ausland und für AusländerInnen in Österreich vermittelt, Studienreisen, Sommerkurse veranstaltet und die Teilnahme von ÖsterreicherInnen an solchen Veranstaltungen im Ausland ermöglicht werden. Weitere Schwerpunkte waren die Schaffung von Arbeitsstellen für FerialpraktikantInnen im Ausland und von Praxisstellen für AusländerInnen in Österreich, Reiseererleichterungen, Arbeitsbewilligungen und Reisedokumente und schließlich Hilfestellung bei der Überwindung der Devisenschwierigkeiten.

<sup>35</sup> Ulla Kremmayer, Instrumentalisierte Intelligenz. Sozialdemokratie und Intellektuelle, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 18 (1989) 368.

<sup>36</sup> Volker Losemann, Reformprojekte nationalsozialistischer Hochschulpolitik, in: Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert. Die Entwicklung einer Institution zwischen Tradition, Autonomie, historischen und sozialen Rahmenbedingungen (= Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 1) Greifswald 1994, 97-115.

<sup>37</sup> Josef Dobretsberger, Der Intellektuelle in der modernen Gesellschaft, in: Die feierliche Inauguration des Rektors der Grazer Universität für das Studienjahr 1946/47, Graz 1947.

<sup>38</sup> Ernst Kolb, Forschung und Wirtschaft, in: Österreichische Chemiker-Zeitung 52 (1951) 1-5.

### Die Hochschülerschaft als öffentlich-rechtliche Körperschaft

Die Gesamtzahl der StudentInnen in Österreich erreichte im Studienjahr 1946/47 mit 22.238, davon 6.386 Frauen, den Höchststand und sank im Studienjahr 1953/54 um mehr als die Hälfte auf 10.847, davon 2.860 Frauen. Die Universität Graz erreichte im Studienjahre 1946/47 mit 5.223, davon 1.369 Frauen, die höchste Zahl, die bis zum Studienjahr 1953/54 auf 1.923, davon 514 Frauen, sank. Die Technische Hochschule erreichte im Studienjahr 1947/48 den Höchststand ihrer HörerInnenzahl mit 2.119 Studierenden, wovon 59 Frauen waren, den Tiefststand im Studienjahr 1954/55 mit 1521, davon 33 Frauen; in diesen Zahlen spiegelt sich der ansteigende HörerInnenzustrom zu den praktisch-anwendungsorientierten Fächern wider. Die Montanistische Hochschule in Leoben verzeichnete kein durch Kriegsheimkehrer ausgelöstes Ansteigen der HörerInnenzahl, in Leoben stieg die Zahl der StudentInnen kontinuierlich, und zwar von 211, davon 16 Frauen, im Studienjahr 1945/46 auf 601, davon 11 Frauen, im Studienjahr 1954/55.

#### Gesamtzahl der Studierenden in Österreich

Studienjahr	Gesamtzahl	davon Frauen
1946/47	22.238	6.386
1953/54	10.847	2.860

Die Zahl der ausländischen Studierenden an der Medizinischen Fakultät lag zu Ende des 20. Jahrhunderts bei ca. 7 Prozent; im Jahre 1947 lag der AusländerInnenanteil bei ca. 14 Prozent, wozu noch als Folge des Krieges und der Nachkriegsgeschehnisse eine vergleichsweise hohe Zahl Staatenloser kam.

Der Anteil der Kriegsheimkehrer an der Gesamtzahl der Studierenden lag zwischen 70 und 80 Prozent. Ungeachtet der neuen Rahmenbedingungen blieb die soziale Herkunft der Studierenden unverändert. Von den Studierenden an der Universität stammte genau ein Drittel aus AkademikerInnenfamilien, 38 Prozent aus der mittleren BeamtInnenschaft, 8 Prozent aus dem ArbeiterInnenmilieu und 6 Prozent aus dem Bauernstand.

Die materielle Situation war nach Kriegsende katastrophal<sup>39</sup>, die Wohnungsnot drückend und traf StudentInnen wie fallweise auch ProfessorInnen gleichermaßen: Der spätere Nobelpreisträger Karl von Frisch wohnte zwei Jahre lang gemeinsam mit seiner Frau in seinem Arbeitszimmer an der Universität.<sup>40</sup> Ein Fünftel der Studierenden konnte in den ersten Nachkriegsjahren nur allerdürftigste, im Grunde menschenunwürdige Notunterkünfte finden. Ab 1947 stand das katholische Hochschülerheim in der Carnerigasse mit ca. 100 Betten, ab dem Frühjahr 1948 ein Heim in der Elisabethstraße mit 80 Betten zur Verfügung. Viele ausländische Studierende fanden in Lagern der UNRRA Unterkunft.<sup>41</sup> Das Lager in der Hochsteingasse in Graz bot 290 StudentInnen, davon 80 Frauen, Platz. Wesentlich weniger angespannt war die Wohnungssituation in Leoben, wo es zwei StudentInnenheime gab.

Katastrophal war auch die Ernährungssituation; schon 1945 nahm die Katholische Hochschulgemeinde in der Leechgasse 24 ihren Betrieb im bescheidenen Umfang auf, die Hauptlast lag jedoch auf dem Mensabetrieb, der nur aufgrund der Unterstützung des „World Student Relief“, des Englischen Roten Kreuzes und der „Schweizer Hilfe“ der Universität Basel aufrechterhalten werden konnte. Die Mehrzahl der Studierenden war untergewichtig, nur 16 Prozent der StudentInnen erreichten im Wintersemester 1947/48 das Normalgewicht.

Schon im Sommer 1945 wurde die „Antifaschistische Steirische Studentenliga“ aktiv und überprüfte die inskriptionswilligen StudentInnen auf allfällige Mitgliedschaften in der NSDAP. Mitte Juni 1945 formierte sich die „Österreichische Demokratische Studentenschaft“ (ÖDS), an deren Stelle im September die „Österreichische Hochschülerschaft“<sup>42</sup> trat. Zu Wahlen in den Zentralaussschuss

<sup>39</sup> Christian Klösch - Hans-Peter Weingand, Zur Lage der Studierenden in Graz im Jahre 1945, in: F. Bouvier - H. Valentinitich (Red.), Graz 1945. Graz 1945. Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 25, Graz 1994.

<sup>40</sup> Karl von Frisch, Erinnerungen eines Biologen, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1957, 131-133.

<sup>41</sup> Gabriela Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und Steiermark, Graz 1997, 257.

<sup>42</sup> Christine H. Forster, Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945-1955 (= Dissertationen der Universität Wien 166) Wien 1984.

bzw. in den Haupt- und in die Fachausschüsse waren nur Fraktionen zugelassen, die mit den im Nationalrat vertretenen Parteien verbunden waren. Im Jahre 1947 wurde die Hochschülerschaft zu einer Körperschaft mit Zwangsmitgliedschaft.

Zu Mitte der fünfziger Jahre ging die Nachkriegsära endgültig zu Ende. Dies fand seinen sichtbaren Ausdruck in der Kundmachung, der zufolge in Zukunft keine Studier erleichterungen oder sonstige Ausnahmeregelungen für Kriegsteilnehmer mehr erteilt werden konnten, was den einen oder anderen schwer traf, namentlich jene, die spät aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt waren bzw. an den Folgen von Kriegsverletzungen laborierten.

## **Die Zeit ab den 1950er Jahren**

### StudentInnenzahlen

Die Zahl der StudentInnen betrug an der Universität Graz im Studienjahr 1955/56 2246 bei einem Frauenanteil von einem Viertel und verdreifachte sich in den folgenden zehn Jahren auf 6.107. Im folgenden Jahrzehnt bis zum Studienjahr 1975/76 stieg die HörerInnenzahl auf 11.242 bei einem Frauenanteil von ca. 40 Prozent. Die HörerInnenzahl betrug im Wintersemester 1988/89 26.899, wovon 1.019 AusländerInnen waren; der Frauenanteil lag bei ungefähr 50 Prozent. Die Gesamtzahl der Sponsionen und Promotionen betrug im Studienjahr 1988/89 1369. Österreichweit gesehen, betrug der Anteil der an der Universität Graz Studierenden im Zeitraum von der Mitte der fünfziger Jahre bis zum Ende der achtziger Jahre zwischen einem Drittel und nicht ganz einem Fünftel; dieses Schwanken war eine Folge von Universitätsneugründungen, nicht des Ausbaus der schon bestehenden Universitäten. Der Anteil ausländischer Studierender schwankte in der ersten Hälfte der sechziger Jahre zwischen 19 und 26,5 Prozent, lag also weit über dem Wert der ersten Nachkriegsjahre bzw. jenem der achtziger und neunziger Jahre. Den größten Anteil von AusländerInnen stellte die Bundesrepublik Deutschland, gefolgt von Griechenland, Ägypten und Norwegen. Das Jahr 1957 hatte eine große Zahl von im Jahr zuvor geflüchteten UngarInnen an die Universität geführt, um die sich Johann Fischl, Professor der Philosophie an der Theologischen Fakultät, besonders kümmerte. Die Schwierigkeiten konnten erst gelöst werden, als die Ford Foundation eine Gesamtsumme von 1,675 Millionen Schilling zur Verfügung stellte.

An der Technischen Hochschule studierten 1955/56 1.697, wovon 39 Frauen waren, 1965/66 4.104, davon 228 Frauen, 1975/76 4.389 davon 230 Frauen und im Studienjahr 1988/89 10.181, davon 1216 Frauen. Gesamtösterreichisch gesehen wurden an der Grazer Hochschule in diesem Zeitraum etwas mehr als 40 Prozent aller TechnikerInnen des Staates ausgebildet.

Eine Sonderstellung kommt der Montanistischen Hochschule in Leoben zu, an der 1955/56 672 HörerInnen, davon 10 Frauen studierten; die HörerInnenzahl stieg 1960-1964 auf über 1000, betrug 1965/66 814, wovon 7 Frauen waren, und lag 1975/76 bei 868, wovon 44 Frauen waren. Die HörerInnenzahl des Studienjahres 1988/89 betrug 2079, davon waren 159 Frauen. Die Leobner Hochschule war also eine der wenigen, die keine nennenswerten HörerInnenzuwächse zu verzeichnen hatte und damit vollständig außerhalb des Trends der letzten Jahrzehnte stand. Niedrig war auch die HörerInnenzahl an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Graz, die im Studienjahr 1988/89 1570 betrug.

Angesichts der alsbald nach Kriegsende einsetzenden gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesse war auch für Zeitgenossen und Zeitgenössinnen klar, dass eine höhere Zahl von AkademikerInnen notwendig wäre. Als die AbsolventInnenzahlen zu steigen begannen, mangelte es vorderhand an Arbeitsmöglichkeiten. So wanderten in den sechziger Jahren junge, gut ausgebildete HochschulabsolventInnen in das Ausland, vornehmlich nach Deutschland oder in die Schweiz, ab. An manchen Industriestandorten bildeten sich nachgerade „Grazer Kolonien“ aus. Allein bei BBC, Baden/Schweiz, waren zu Ende der sechziger Jahre 45 AbgängerInnen der Technischen Hochschule in Graz tätig. So erwachsen der „Gesellschaft der Absolventen und Freunde der Technischen Hochschule in Graz“, deren Vorläuferinstitution schon 1887 entstanden war, in den sechziger Jahren ganz neue Aufgaben.

Die Ausbauphase des Gymnasialwesens in den sechziger und siebziger Jahren erzeugte von der Mitte der sechziger bis zur Mitte der siebziger Jahre eine immense Nachfrage nach

GymnasialprofessorInnen, die nach Ende der Ausbauphase abrupt abbrach. Für eine zunehmende Zahl von StudienabsolventInnen unterschiedlichster Fächer wurde die Arbeitslosigkeit zum Problem. In den frühen achtziger Jahren wurde die prekäre Lage von jungen UniversitätsabsolventInnen auf dem Arbeitsmarkt immer deutlicher spürbar. AkademikerInnenarbeitslosigkeit sei aber – so meinte ein Minister in der ersten Hälfte der achtziger Jahre – das Problem der einzelnen AbsolventInnen, die der Regierung für die gratis angebotene Ausbildung dankbar sein müssten.

Während die StudentInnenzahl stark anstieg, wurde die Zahl der UniversitätslehrerInnen vergleichsweise langsam erhöht.

Zwar begann in den sechziger Jahren an der Universität die Vermehrung der Zahl der HochschulassistentInnenstellen, das AssistentInnengesetz 1962 verbesserte die Situation des akademischen Nachwuchses erheblich, doch vermehrte sich die Zahl des in der Lehre tätigen wissenschaftlichen Personals von den frühen sechziger bis zu den späten achtziger Jahren nur um das Dreifache, während die HörerInnenzahl um mehr als das Zehnfache anstieg.

Die rapide Zunahme der HörerInnenzahl angesichts einer langsam wachsenden Zahl von UniversitätslehrerInnen brachte den Kleingruppenunterricht, die Einführung in die Welt des Forschens, und damit das wesentliche Element des Humboldtschen Universitätssystem weitgehend zu einem Ende. Im akademischen Leben ging der mit demokratischen Freiheiten ausgestattete Studierende im Massenbetrieb auf, vorbei war es mit einem wesentlichen Element der alten Einheit der universitas studiorum et magistrorum.

An der Technischen Hochschule inskribierten zu Mitte der fünfziger Jahre durchschnittlich etwa 1500 StudentInnen; in den folgenden Jahren stieg die Zahl rapid an und betrug zu Anfang der sechziger Jahre bereits rund 4500 HörerInnen, sank in den folgenden Jahren wieder etwas ab. Die größte Fakultät war die für Bauingenieurwesen und Architektur, gefolgt von jener für Maschinenbau und Elektrotechnik. An der Technischen Hochschule war der Anteil der ausländischen Studierenden außerordentlich hoch: Von den 3625 HörerInnen des Studienjahres 1969/70 waren 66 Prozent InländerInnen, 34 Prozent AusländerInnen, doch war die Zahl der AusländerInnen zu diesem Zeitpunkt im Sinken. Die Zahl der AbsolventInnen betrug im Studienjahr 1968/69 394 IngenieurInnen und 47 Doktores.

Um bei ausländischen Studierenden, namentlich bei den aus außereuropäischen Ländern kommenden StudentInnen für eine einheitliche Vorbildung und die notwendigen Sprachkenntnisse zu sorgen, war 1963 der zweisemestrige „Vorstudienlehrgang Graz“ eingerichtet worden, der über die Deutschkenntnisse hinaus gerade für angehende StudentInnen der Technischen Hochschule Vorkenntnisse in Mathematik, Physik und Chemie vermittelte. Nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung übernahm an der Hochschule ein vom Ministerium eingesetzter „Vertrauensdozent“ die Betreuung und Beratung der ausländischen Studierenden.

Infolge des starken Ausbaus des Personalstandes der Technischen Hochschule gestaltete sich das Verhältnis von Lehrenden zu Studierenden an dieser vorteilhafter als an der Universität. Eine Ausnahme von der Entwicklung der rapid steigenden HörerInnenzahlen bei weitgehend stagnierendem wissenschaftlichem Personal stellte die Montanuniversität Leoben dar.

### Das Jahr 1968

Das Jahr 1968 verlief in der Hochschulstadt Graz unspektakulär. Zwar wurden auf Flugblättern einzelner StudentInnengruppierungen bis dahin ungewohnte Töne angeschlagen und recht weitreichende Reformen verlangt, vor allem auch eine stärkere „Politisierung“ der Universitäten gefordert. Am provokantesten waren die Aufrufe der „Aktion“: *„Das 150jährige Hochschul- und Bildungssystem ist erstarrt und verkalkt: Apolitische Professoren haben den Ehrgeiz, unkritische Fachidioten zu produzieren – Bildungspolitik ohne Konzepte bremsen und verhindern zielführende Reformen – Opportunistische Studentenvertreter betreiben zahnlose Interessenspolitik. Parteiabhängige Fraktionen machten die ÖHS zu einem ohnmächtigen Funktionsapparat. ÖSU-Wahlblock: Leeres Progressivitätsgefasel ÖVP-kontrollierter CV-ler. RFS (FPÖ): Mannesmut und Burschenehre – bierehrlich – für ruhende Reformen. VSStÖ: Rote Sandkastenrevoluzzer mit*

*präembryonalen Ideologiekomplexen.*<sup>43</sup> Zwar wurden in Diskussionsveranstaltungen progressive Anschauungen proklamiert, wobei die Bandbreite der Argumente über das Sachliche hinausgehen konnte, wenn man dem Diskussionsgegner an den Kopf warf, dass dessen „reaktionäre Grundhaltung“ ja ohnedies hinlänglich bekannt und nicht zuletzt dadurch dokumentiert sei, dass der Betreffende häufig Krawatten zu tragen pflege.

Im Übrigen kam es zu Äußerungen, die sich in witziger und pointierter Form gegen einige, zu „Feindbildern“ stilisierte Einzelpersonlichkeiten unter den ProfessorInnen richteten. Im Allgemeinen waren die studentischen Aktionen moderat und wenn zugespitzt, nicht wirklich verletzend und wurden von der ProfessorInnenschaft nicht ohne ein gewisses Wohlwollen aufgenommen. Ein gravierender Wandel des gesamtgesellschaftlichen Systems war bereits im Gange, als die jugendlichen AkteurInnen aufzutreten begannen, denen ihre eigenen Aktionen angesichts der zu überwindenden inneren Angstschranken offensichtlich doppelt bedeutsam erscheinen mussten.

### Hochschulstudiengesetz

Dieses im Jahre 1966 ergangene Gesetz stellte eine Neuregelung des gesamten Studienbetriebes dar und definierte erstmals auch die 1848 nur vage festgelegte studentische Lernfreiheit. Grundsätzlich hielt dieses Gesetz an den Leitlinien des Humboldtschen Universitätsmodells fest, die in dem Wort „Erziehung durch Wissenschaft“ zusammengefasst werden können. Ziel des akademischen Studiums sollte demnach die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, wissenschaftliche Berufsvorbildung, nicht Berufsausbildung, sondern die Voraussetzung für lebenslange Weiterbildung sein. Unter der Vorgabe dieses elitären Programmes zeigte sich alsbald das grundsätzliche Dilemma der Universitäts- und Wissenschaftsentwicklung im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts angesichts der sich zusehends verschärfenden Situation der Massenuniversität, deren Finanzierung und des immer ungünstiger werdenden Verhältnisses von StudentInnen zu lehrendem Universitätspersonal.

Im Jahre 1969 wurde schließlich das Gesetz für die technischen Studienrichtungen verabschiedet, in dessen Gefolge neue Studienpläne und Studienordnungen entstanden.

### Studienbeihilfengesetz

Vor der Schaffung der staatlichen Stipendien stellten die Steiermärkische Landesregierung und die Steiermärkische Sparkasse Stipendien zur Verfügung; auch die Industriesektion der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Steiermark und einige private Firmen stifteten Gelder. Das Studienbeihilfengesetz 1963 beseitigte weitgehend unverschuldete studentische Not. Wenngleich es für StipendienbezieherInnen, die auf keine finanzielle Unterstützung durch die Eltern zählen konnten, unerlässlich war, vornehmlich in den Ferien Geld zu verdienen, so bedeutete diese Maßnahme doch das Ende des klassischen „Werkstudententums“ und leitete zu einer neuen Ära staatlicher StudentInnenpolitik über. Von den 6.107 StudentInnen erhielten 1965 1.320, also fast ein Viertel, ein Stipendium.

### Das Universitätsorganisationsgesetz 1975

Schon in den späten sechziger Jahren war allenthalben von Reform der Universitäten die Rede, einschlägige Schriften erschienen im ganzen deutschen Sprachraum, auch die Massenmedien nahmen sich in schriller Art dieses Themas an. Es war dies der Beginn einer Reformphase, in der gravierende Veränderungen vorgenommen wurden, wobei die eingeleitete Entwicklung davon geprägt war, dass der sich zwangsläufig ergebende Personal-, Bau- und Finanzbedarf nicht entsprechend abgedeckt wurde. Nicht im entferntesten dachte der Staat nunmehr an die Bereitstellung von Geldern für die Berufung wissenschaftlicher Größen, an den Unterhalt bestens ausgestatteter Institute oder an die Pflege von Forschungsbereichen, in denen die Hoffnung bestand, weltweit führend sein zu können.

---

<sup>43</sup> UAG, Ereignisse des Jahres 1968.



Man überlegte die Zerschlagung der Fakultäten und die Schaffung von „Fachbereichen“, führte aber an der Universität letztlich bloß die Teilung der übergroß gewordenen Philosophischen Fakultät in eine Geistes- und in eine Naturwissenschaftliche herbei.

Als Folge des Universitätsorganisationsgesetzes 1975 wurde die Technische Hochschule in Technische „Universität“ umbenannt und zugleich in fünf Fakultäten gegliedert: Architektur, Bauingenieurwesen, Maschinenbau, Elektrotechnik und Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät. Ferner beschloss der Akademische Senat der Technischen Universität am 3. November 1975 einen neuen Namen: „Technische Universität Graz, Erzherzog-Johann-Universität“.

Das Universitätsorganisationsgesetz 1975 bedeutete das Ende der alten „Ordinarienuniversität“ und brachte eine starke Mitbestimmung der AssistentInnen und StudentInnen in allen Belangen der Universität. Das autonome Berufungsverfahren blieb erhalten, doch konnten sich KandidatInnen nunmehr um Professuren bewerben. Der Vorschlag der jeweiligen Kommissionen war auf dem langen Weg durch das Ministerium bis zum entscheidenden ministeriellen Schreibtisch so mancher parteipolitischen Intervention ausgesetzt, zumal die Minister seit den siebziger Jahren von dem jahrzehntelang gepflogenen Brauch abgingen, mit dem/der von der Universität an erster Stelle Genannten zuerst Verhandlungen aufzunehmen, sondern aus dem zumeist aus drei Persönlichkeiten bestehenden Vorschlag eine „genehme“ Person herauszugreifen pflegten.

Dieses Gesetz brachte nicht die im Sinne der Einheit von Forschung und Lehre im höchsten Maß notwendige Schaffung von Kleingruppen zur Förderung des Arbeitsunterrichtes durch Praktika im kleinen Kreis.

### Fachhochschulen

Die Einrichtung von Fachhochschullehrgängen stellte eine Anpassung an die europäischen Ausbildungsformen dar und bedeutete für Österreich die Schaffung eines neuartigen Ausbildungszweiges, wobei man eigenartiger Weise nicht von den bestehenden Institutionen und deren Infrastrukturen ausging; es hätten sich die Höheren Technischen Lehranstalten als Ausgangsinstitutionen ebenso angeboten wie die drei steirischen Universitäten.

Mit der Einrichtung von Fachhochschul-Studiengängen mit Beschluss des Nationalrates vom 28. Mai 1993 und dem einstimmig erzielten Grundsatzbekenntnis der Steiermärkischen Landesregierung zur Errichtung von Fachhochschul-Studienlehrgängen vom 5. Juli 1993 waren die Grundvoraussetzungen geschaffen. Die Landesregierung bestellte ein Beratungsgremium, bestehend aus den Universitätsprofessoren Hans Leopold und Johann Götschl und den beiden Wirtschaftsfachleuten Dipl.-Ing. Karl Track und Mag. Peter Hohegger. Die Landesregierung beschloss am 7. Februar 1994, dass das Land Steiermark bis zur Gründung eines eigenen als handelsrechtliche Gesellschaft zu konstruierenden Rechtsträgers durch die Abteilung für Wissenschaft und Forschung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung die Funktion des Erhalters von Fachhochschul-Studiengängen übernahm. Danach hatte der neu zu gründende Rechtsträger die Rechtsnachfolge anzutreten. Das Land Steiermark hatte bei diesem Rechtsträger als Mehrheitseigentümer zu fungieren, ferner sollten die Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH, die Wirtschaftskammer bzw. das Wirtschaftsförderungsinstitut, die Kammer für Arbeiter und Angestellte bzw. das Berufsförderungsinstitut sowie insbesondere die angestrebten Standortgemeinden vertreten sein. Am 11. April 1994 entschied sich die Landesregierung für Graz und Kapfenberg als Standorte der Fachhochschullehrgänge.

Das Bundesministerium für Wissenschaft schätzte die Kosten eines Studienplatzes bei technischen Fächern auf etwa öS 105.000,- und im kaufmännischen Bereich auf ungefähr öS 88.000,- pro Jahr. Die Kosten pro Studienplatz lagen also über dem an Universitäten. Der Bund übernahm 90 Prozent dieser Normkosten und erwartete für den Rest eine Kostenbeteiligung der InteressentInnen, also von Ländern, Gemeinden und der Wirtschaft. In der Steiermark stellten die Standortgemeinden Gebäude bzw. Räumlichkeiten inklusive Betriebskosten auf AHS-Standard als Sachleistung bei und trugen für die Laufzeit der Fachhochschul-Studiengänge den Erhaltungs- bzw. Reinvestitionsaufwand. Die fachhochschulspezifischen Adaptierungen und die Ausstattung mit Geräten und der diesbezügliche Reinvestitionsaufwand wurden von der Trägergesellschaft übernommen. Hinsichtlich eines Finanzierungsbeitrages durch Studiengebühren legte man sich auf eine Gleichbehandlung mit

dem Universitätssektor fest. Im Herbst 1994 nahmen in der Steiermark vier Studiengänge die Ausbildung auf.<sup>44</sup>

Im Zuge der Schaffung der Fachhochschulen hatte man nicht bloß an eine starke Regionalisierung dieser Ausbildungsmöglichkeiten gedacht, man wollte vielmehr auch die Gebietskörperschaften und InteressentInnen der Wirtschaft für die Finanzierung gewinnen.

Die Studienzweige „Fahrzeugtechnik“ bzw. „Baumanagement“ wären als gesonderte und stark schulisch orientierte Ausbildungsformen vermutlich an der Technischen Universität am besten aufgehoben gewesen. Auf diese beiden Kurse setzte in den ersten Jahren ihres Bestandes ein besonders „großer Zustrom“ ein. Die größte Nachfrage bestand nach „Industrial Design“. Weniger gefragt waren die Zweige „Industrielle Elektronik“ in Graz und „Infrastruktur“ in Kapfenberg. Dieser „Run auf Fachhochschulen“ war in absoluten Zahlen keineswegs beeindruckend: Für „Industrial Design“ wurden 1998/99 16 Studienplätze vergeben, wofür 133 Anmeldungen bestanden. Für das neu eingerichtete „Informationsmanagement“ wurden 30 StudentInnen bei 120 Bewerbungen aufgenommen, „Fahrzeugtechnik“ nahm 50 AnfängerInnen bei 150 BewerberInnen auf.

Für „Industrie/Wirtschaft“ mit 40 Plätzen lagen 70 Bewerbungen vor. „Industrielle Elektronik“ vergab 25 Studienplätze für AnfängerInnen bei 28 Anmeldungen.

Die ersten AbsolventInnen dieser Ausbildungsform verließen die Fachhochschulen im Jahre 1999.

#### Veränderung der Rahmenbedingungen in den neunziger Jahren

Die HörerInnenzahlen waren in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre an den Universitäten leicht rückläufig. So betrug der HörerInnenstand an der Karl-Franzens-Universität im Studienjahr 1997/98 insgesamt 33.873, an der Technischen Universität Graz 14.983, an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Graz 1292, an der Expositur Oberschützen 256. Die Einführung der Studiengebühren im Jahre 2001 ließ die Zahl der Inskribierten nach Wegfall der Scheininskriptionen um ein Viertel sinken.

Seit den späten achtziger Jahren stellte der Staat steigende Beträge für den Gesamtsektor der Wissenschaft bereit. Trotzdem zählte Österreich zu Mitte der neunziger Jahre laut OECD-Berichten mit einem Wert von 1,55 Prozent, zu Ende der neunziger Jahre mit 1,65 Prozent des Bruttoinlandproduktes in Europa zu den Schlusslichtern im Bereich der Wissenschaftsförderung; an der Spitze lag Schweden mit 3,12 Prozent, gefolgt von den USA, Japan, der Schweiz und Deutschland. Die Wissenschaftsförderung Österreichs fiel in den neunziger Jahren noch immer weit hinter vergleichbare Länder, wie Dänemark oder die Niederlande, zurück.

Zur Erreichung der in Maastricht festgelegten Kriterien des Staatshaushaltes als Voraussetzung an der Beteiligung an der gemeinsamen europäischen Währung waren ab 1996 gravierende Budgetkürzungen vonnöten. Die Zahl der den Universitäten vorbehaltenen Planstellen wurde reduziert, wobei Posten von WissenschaftlerInnen betroffen waren, während die Zahl der der Administration zugewiesenen Dienstposten stieg. Den UniversitätslehrerInnen wurden Abgeltungen gekürzt, die StudentInnen mussten gravierende Kürzungen der ihnen bislang gewährten Vergünstigungen hinnehmen. Zu Beginn des Sommersemesters 1996 kam es an den Universitäten zu Protesten und zur mehrwöchigen Aussetzung des Lehrbetriebes. Die Diskussion von Studiengebühren flammte aus diesem Anlass wiederum auf und wurde zum Instrumentarium tagespolitischer Auseinandersetzungen abseits der universitären Probleme. Ihre Einführung im Jahre 2001 war durch die Zielsetzung der Budgetkonsolidierung motiviert und erfolgte weitgehend losgelöst von der Strukturreformdiskussion. Mittlerweile sind sie abgeschafft worden, bleiben aber weiterhin Gegenstand von Diskussionen.

#### Das Universitätsorganisationsgesetz 1993 und das Universitätsgesetz 2002

Das UOG 1993 stellte einen ersten Schritt der Umstrukturierung der österreichischen Universitäten dar, die Selbstverantwortung der Universitäten wurde gestärkt, die direkte Anbindung an das

<sup>44</sup> Wissenschaftsbericht 1994, Hg. v. Amt der Steiermärkischen Landesregierung.

Ministerium gelockert. Während der Umsetzung dieser Neuerungen begann die Vorbereitung des UG 2002. – In dieser Phase wurde der drittelparitätische Einfluss universitärer Gruppierungen (ProfessorInnen, DozentInnen und AssistentInnen, StudentInnen) umgestaltet; in den Gremien hatten fortan die ProfessorInnen die Mehrheit, insbesondere in den bislang entscheidenden Organen Akademischer Senat und Fakultätskollegien.

Seit 2002 bestehen an entscheidenden Organen der Universitätsrat (jeweils zur Hälfte von der Universität bzw. vom Ministerium nominiert, die gemeinsam ein weiteres Mitglied wählen), das Rektorat (bestehend aus dem/der RektorIn und maximal vier VizerektorInnen) und dem Senat, in dem die ProfessorInnen die Mehrheit stellen und die Studierenden über mindestens 25 % der Stimmen verfügen.

Universitäten sind seit 2002 nicht mehr unmittelbare Staatsanstalten, sondern privatrechtliche, nach dem Handelsgesetzbuch zu führende und dem Konkursrecht unterliegende Einrichtungen. In der Gestaltung ihrer inneren Struktur sind sie lediglich an Leitlinien gebunden, jedoch weitgehend frei. Die Medizinischen Fakultäten von Wien, Graz und Innsbruck wurden ausgegliedert und erhielten den Status von Universitäten, die Grazer führt den Namen „Leopold Auenbrugger – Universität“. Die Kunstuniversitäten traten an die Stelle der Hochschulen und erfuhren eine Ausweitung des Aufgabenfeldes auf wissenschaftliche Forschungen in ihrem Bereich.

Die Universitäten erhalten ein Globalbudget, für das sie Verantwortung tragen. – Universitätsbedienstete werden nicht mehr nach Beamtendienstrecht, sondern nach Kollektivvertrag angestellt.

### StudentInnenaustausch

Die Veränderungen ab dem Jahr 1989 und der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union hatten eine Neuausrichtung des Studienwesens zur Folge. Um den StudentInnenaustausch zu erleichtern, glich man in allen Mitgliedsstaaten Schritt für Schritt die Ausbildungsformen an und regelte die Anrechnung von im Ausland erbrachten Studienleistungen. Dies ging Hand in Hand mit dem Ausbau des „Erasmus“-Programmes.

Die bislang üblichen Studienabschlüsse eines Magisteriums bzw. eines Doktorates wurden durch ein dreistufiges System Bakkalaureat (Bachelor) – Magisterium (Master) – Doktorat ersetzt.